

**3385/AB**  
Bundesministerium vom 30.12.2025 zu 3887/J (XXVIII. GP)  
Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Pflege und Konsumentenschutz

sozialministerium.gv.at

Korinna Schumann  
Bundesministerin

Herrn  
Dr. Walter Rosenkranz  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

---

Geschäftszahl: 2025-0.969.541

Wien, 18.12.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

---

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3887/J der Abgeordneten Rosa Ecker betreffend Missstände beim Kinderbetreuungsgeld** wie folgt:

**Fragen 1 bis 8 sowie 10 bis 18:**

- Wie erklären Sie, dass die zentralen Empfehlungen des Rechnungshofs seit Jahren nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden?
- Welche konkreten Maßnahmen wurden seit 2018 von Ihrem Ministerium gesetzt, um die Missstände zu beseitigen? (Bitte um Auflistung nach Jahren)
- Welche Empfehlungen wurden bis heute nicht umgesetzt?
  - a. Warum ist man hier untätig geblieben?
- Welche konkreten Schritte plant Ihr Ministerium, um die Bürokratie zu reduzieren und die Transparenz für Familien zu erhöhen?
  - a. Welches Budget ist hier vorgesehen?
- Wie hoch waren die Rückforderungen aufgrund nicht überprüfter Zuverdienstgrenzen in den Jahren 2019-2024? (Bitte um Angaben nach Jahren)
- Warum wurde bis heute keine vollautomatisierte Kontrolle mit den Finanzdaten eingerichtet, obwohl der Rechnungshof dies ausdrücklich forderte?
- Ist die Einführung einer solch automatisierten Kontrolle der Finanzdaten in Planung?

- a. Wenn ja, wann soll diese umgesetzt werden?
  - b. Wenn nein, wieso nicht?
- Wie hoch schätzt Ihr Ministerium den finanziellen Schaden, der dem Bund durch mangelnde Kontrollen jährlich entsteht?
  - a. Worauf basiert diese Berechnung?
- Wie lange warten betroffene Eltern im Schnitt aktuell auf die Abwicklung grenzüberschreitender Kinderbetreuungsgeld-Fälle?
- Warum ist es trotz jahrelanger Kritik nicht gelungen, die Verfahren zu beschleunigen und die Kommunikation mit ausländischen Behörden zu verbessern?
- Welche Verbesserungen sind betreffend Beschleunigung von Verfahren und Kommunikation mit ausländischen Behörden vorgesehen?
- Welche konkreten Digitalisierungsprojekte wurden gestartet und welches Budget ist dafür vorgesehen?
  - a. Wann wurden diese Projekte gestartet und welches Budget ist dafür vorgesehen?
- Weshalb existiert bis heute kein einheitliches IT-System, obwohl dies eine der zentralen Empfehlungen des Rechnungshofs war?
- Wie hoch sind die jährlichen Mehrkosten, die durch parallele Systeme, z.B. die parallele Verwendung mehrerer IT-Systeme, seit 2018 entstanden sind? (Bitte um Angabe nach Jahren)
- Bis wann plant Ihr Ministerium die vollständige Integration in ein zentrales System?
- Wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Kinderbetreuungsgeld-Antrags derzeit?
- Welche konkreten Maßnahmen setzt Ihr Ministerium, damit Familien künftig rasch, einfach und unbürokratisch zu ihrem Kinderbetreuungsgeld kommen?
  - a. Welches Budget ist hierfür vorgesehen?

Diese Fragen fallen nicht in den Wirkungsbereich meines Ressorts. Die Agenda Kinderbetreuungsgeld liegt in der Zuständigkeit der Bundesministerin für Europa, Integration und Familie im Bundeskanzleramt (Sektion VI).

#### Frage 9:

- Welche Maßnahmen plant Ihr Ministerium derzeit, um die Väterbeteiligung weiter zu erhöhen?
  - a. Welches Budget ist hierfür vorgesehen?

Entsprechend dem Regierungsprogramm für die laufende Gesetzgebungsperiode ist die Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbindung der Stakeholder und Sozialpartner zur Erarbeitung von Modellen mit dem Ziel der Stärkung der Partnerschaftlichkeit und der Väterbeteiligung vorgesehen. Dabei soll auch die Harmonisierung rechtlicher Bestimmungen geprüft werden.

In Vorbereitung auf diese interministerielle Arbeitsgruppe evaluiert mein Ressort derzeit mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Väterbeteiligung im Bereich des Arbeitsrechts.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

